

greifer sei auf das Trittbrett des Wagens gesprungen und habe versucht, ihn an der Brust zu fassen. Der Großherzog habe ihm dann mit dem Säbelknopf einen Stoß unter das Kinn versetzt, so daß er mit dem Säbelknopf vom Wagen fiel. Das Publikum stürzte sich auf den Anrädler und wollte an ihm sofort Justiz üben, was aber die Polizei durch die Verhaftung des Täters verhinderte. Der Verhaftete gab vor Gericht folgende Erklärung: Unter anderem erklärte er, er handle im Auftrage einer Bande, deren Namen er nicht verraten werde. Er sei gebürtiger Kavallerist. Der Verhaftete heißt Anton Jung, ist Kapazierter, 1872 geboren und hier in der Schwedinger Vorstadt wohnhaft. Er hat in den letzten Wochen nur ausführender Arbeit verrichtet. Er war zuletzt bei einem hiesigen Tapezierer beschäftigt. Er erklärte bei seiner ersten Vernehmung, er sei Anarchist, und er habe dem Großherzog eine Witzschrift überreichten wollen, in der er um Hilfe bat. Im Falle der Ablehnung wollte er tätlich werden. Auf die Unmöglichkeit dieses Annehmens und seine Widersprüche aufmerksam gemacht, gab er keine Auskunft. Er hatte auch einen Brief in der Hand, in dem aber nur stand, daß er um Hilfe bitte.

Eingeborenen-Mißhandlungen in deutschen Kolonien.

Der Landestat von Deutsch-Südwestafrika nahm in geheimer Sitzung folgende Entschliessung an:

Die im letzten Jahre wiederholt zur Aburteilung gekommenen Hebergriffe Weißer gegen Eingeborene sind geeignet, fernstehenden ein falsches Bild über hiesige Zustände zu geben. Es handelt sich um Ausnahmefälle, in denen sich einzelne Menschen schwer vergingen. Der Landestat beurteilt jede Mißhandlung von Eingeborenen auf das schärfste und sieht in solchen Menschen eine große allgemeine Gefahr für das Schutzgebiet. Er hält einen Hinweis auf die notwendige strenge Verfolgung, unter Umständen, namentlich im Wiederholungsfall, auf Ausweisung für notwendig. Auch die Stellungnahme eines Teiles unserer Landespresse, die für milde Aufklärung Stimmung zu machen suchte, war wohl nicht immer das richtige. Die Landespresse hat die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Gerichte bei Mißhandlungen mit dem Gesetz führen muß. Ein Warnen vor Mißhandlungen würde legendärer wirken als eine Bestätigung in der falschen Auffassung des väterlichen Zuchtungsrechtes Eingeborenen gegenüber. Der Landestat schlägt vor, Arbeitgebern, die sich wiederholt schlechter Behandlung von Eingeborenen schuldig gemacht haben, nach Beurteilung des Bezirksrates keine neuen Arbeiter durch die Behörden zuzuführen. Neben einem solchen rüchrichtlosen Einschreiten gegen Weiße ist aber auch in ebenso energischer Weise gegen farbige Mißhandlungen und Bagabunden vorzugehen. Zu weitgehende Mißdeutungen gegen Farbige war in vielen Fällen der Anlaß zu den Vergewaltigungen.

Der Landestat wendet sich hier offenbar nur gegen einen sogenannten Mißbrauch des Zuchtungsrechtes und scheint Fälle im Auge zu haben, in denen die Eingeborenen halbtot geschlagen werden, gegen ein „mäßiges“ Züchtigen der Eingeborenen scheint er auch nichts dagegen zu haben. Notwendig wäre es aber, das Schlagen der Eingeborenen überhaupt zu verbieten. So lange man die Eingeborenen mit der Aule behandelt, wird man sie weder zu Kulturmenschen noch zu Freunden der deutschen Herrschaft erziehen können. Ob ein Mißbrauch mehr oder weniger derb zugelassen wird, darauf kommt es dabei nicht an. Aber es ist eben nicht das Ziel der heutigen Kolonialpolitik, Kultur zu verbreiten. Die Eingeborenen sollen garnicht Kulturmenschen werden, weil sie dann nicht mehr so gute Ausbeutungsobjekte bleiben. Zu wundern braucht man sich bei der heute üblichen Behandlung der Eingeborenen nicht, wenn diese einmal an ihren Peiniger graufame Rache nehmen.

Bündelterrorismus.

Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Gardelegen hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Viele liberale Geschäftsleute unserer Stadt, die mit den Vorhaben der Umgehung Verbindungen haben, lehnen es aus Furcht vor dem Vorkott der Bänder ab, ein Mandat als Wahlmann zu übernehmen. Darum bitten wir auch die hiesigen konservativen Geschäftsleute, die auf die liberale Kandidatur abgesehen haben, gleichfalls auf das Mandat als Wahlmann zu verzichten, damit die liberale Bevölkerung aus Selbstachtung nicht dahin gedrängt werde, solche Geschäftsleute zu wählen. Das soll eine Bitte zum Frieden sein.“

Die Konservativen, die sich einer besonders noblen Kampfmethode rühmen, scheinen es im Reiche des Herrn Jordan v. Kröcher ja recht nett zu treiben, wenn die Liberalen schon zur Anwendung einer öffentlichen Bitte getrieben werden.

Ein preussisches Frengesetz. Wie die Tägliche Rundschau erzählt, soll einer der ersten Gesetzentwürfe, die dem neuen Landtag vorgelegt werden, ein Frengesetz sein, das den Zweck hat, mit den bestehenden Mißständen in der Behandlung geisteskranker Verbrecher aufzuräumen, und das ferner Bestimmungen enthält, die sich auf die Einweisung in Irrenhäuser und Kerkern anstalten beziehen. Dieser wäre es, man würde diese Materie reichsrechtlich regeln, denn auf dem Gebiete des Irrenwesens herrschen geradezu mittelalterliche Zustände.

Der abgewiesene Geld. Das Amtsgericht Charlottenburg hat die Privatklage des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Geld gegen die W. J. am Montag kostenfällig zurückgewiesen. Das beklagte Blatt hatte dem Kläger vorgehalten, daß ihm ein preussisches Gericht anerkennen habe, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Beschleierung und betrügerischen Manipulationen in vollem Umfange erwiesen seien. Das Gericht stützt die Abweisung der Klage zunächst auf diese von der Strafkammer in Hannover getroffene Feststellung und fügt dann weiter aus: „Auch die „Fälschungen“ der Geschäftsbücher lassen sich als „betrügerische Manipulationen“ bezeichnen. In dem Urteil ist zwar „ein betrügerischer Reittwechselverbrechen mit einem — damals schon in einem solchen Reite stehenden antizipierten Willensschwinder“ gegen den Privatkläger nicht festgestellt; ein betrügerischer Reittwechselverbrechen hat der Angeklagte in dem der Privatklage zugrunde liegenden Artikel auch nicht behauptet. Die Erörterung dieser Angelegenheit des Reichstagsabgeordneten Geld in der von dem Angeklagten herausgegebenen Zeitung kann dem Angeklagten, zumal sie in sachlicher Form erfolgt ist, mit Rücksicht auf die kurz vorher im Abgeordnetenhause erfolgte Besprechung der hiesigen Angelegenheit nicht verbietet werden.“

Keine politische Nachrichten. Aus Bern wird vom 4. Mai gemeldet: Das Schweizer Volk nahm mit 160 000 gegen 105 000 Stimmen einen neuen Artikel in die Bundesverfassung auf, der den Bundesbehörden ein Gesetzgebungsrecht zur Bekämpfung menschlicher und tierischer Krankheiten gibt. — Aus Mexiko wird gemeldet: Der englische Botschafter hat dem Präsidenten Quarta die Anerkennung der englischen Regierung mit einem Handschreiben König Georgs überreicht.

Ausland.

England.

Kampf um die Redefreiheit.

London, 4. Mai. Aus Anlaß des an die Sympathisanten ergehenden Medewerks fand in Trafalgar Square eine von der englischen Gesellschaft zur Verteidigung der Redefreiheit einberufene Versammlung statt, bei der es zu

bestimmten Zusammenstößen mit der Polizei kam. Die Demonstration war von der Polizei genehmigt worden, nachdem der Arbeiterführer im Unterhaus Reiz Parde sich als Leiter verpflichtet hatte, daß nicht mehr als drei Redner von der Plattform am Fuße der Nelsonsäule sprechen sollten. Ungeheure Menschenmassen füllten den Platz. Als nach einiger Zeit Leute aus der Menge auf die Tribüne sprangen, um Reden zu halten, griff die in starker Zahl anwesende Schutzmannschaft ein und räumte Tribünen und Platz. Dabei kam es zu einem Handgemenge und zu Verhaftungen. Die unter der Menge stark vertretenen Suffragetten mit fliegenden Bannern nahmen lebhaften Anteil an dem Kampfe; mehrere Konstabler wurden von ihnen niedergeschlagen.

Norwegen.

Das Frauenwahlrecht.

Christiania, 3. Mai. Der Verfassungsausschuß des Storting hat einstimmig eine Vorlage beschlossen, die das allgemeine staatsbürgerliche Wahlrecht für die Frauen unter denselben Bedingungen wie für die Männer einführt. Die Anzahl der Wähler bei den politischen Wahlen wird dadurch um 225 000 erweitert. Die norwegischen Frauen besitzen schon seit dem Jahre 1807 das allgemeine Wahlrecht bei den Kommunalwahlen. Ein sozialistisches Mitglied des Verfassungsausschusses schlägt gleichzeitig vor, das Alter für die Gewählung des Storting auf das 21. statt auf das 25. Jahr festzusetzen.

Türkei.

Rechte Kriegsgeplänkel. — Friedensvorbereitungen.

Konstantinopel, 4. Mai. Auf der Rede von Gallnar an der Küste von Kleinasien wurde am 1. Mai ein feindliches Kriegsschiff, das sich der Küste näherte, von den Mächtigkeiten beschossen und erlitt am Vortage und am nächsten Tage Beschädigungen. Die Kanonen am Vortage und am nächsten Tage wurden zum Schwereigen gebracht. Das Geschütz dauerte über eine Stunde.

Konstantinopel, 4. Mai. Der frühere Vizekonsul in Berlin, Osman Nizami Pascha, der Arbeitsminister Nazaria sowie der Reichsminister im Ministerium des Reiches, Reichs Rat, wurden zu Bevollmächtigten der Türkei für die Friedensverhandlungen ernannt und werden wahrscheinlich am Dienstag abreisen.

Konstantinopel, 4. Mai. Der Minister des Äußeren überreichte gestern nach 6 1/2 Uhr die Antwort der Türkei auf die letzte Note der Mächte dem österreichischen Vizekonsul als Dolmetscher des diplomatischen Korps. Die Note lautet: „Der unterzeichnete Minister des Äußeren hat von der Kollektivmitteilung der Vizekonsul Kenntnis genommen und hat die Ehre, zu antworten, daß die kaiserliche Regierung die Aufforderung zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zur Ernennung der Friedensvollmächtigten annimmt. Die osmanische Regierung wählt London als Verhandlungsort. Said Halim.“ Die Namen der Bevollmächtigten werden in der Note nicht genannt, doch steht fest, daß Said Pascha nicht, wie ursprünglich geplant, als erster Bevollmächtigter fungieren wird, da über die von ihm gestellten Bedingungen keine Einigung erzielt worden ist.

Belgrad, 4. Mai. Dienstag früh reisen die serbischen Friedensdelegierten nach London. Es sind dies Stojan Novaković, der frühere Ministerpräsident, und Andreas Nikolić, der Präsident der Skupština, denen als Militärexperten General Peter Vojvodić und Generalstabschef Jivion Pavlović beigegeben sind. Die Delegierten überbringen der Friedenskonferenz eine Denkschrift der serbischen Regierung über die proportionale Aufteilung aller eroberten Gebiete unter den verbündeten Balkanstaaten.

Amerika.

Die Tarifbill-Debatte.

Washington, 4. Mai. Das Repräsentantenhaus hat von der Tarifbill die Zollsätze angenommen, welche Wolle und Seide betreffen. Ferner hat es die Zollsätze für Papier, Zucker und Diverse angenommen. Weiterhin wurde ein Zusatzantrag angenommen, der den Zoll auf Tee von 50 auf 60 Prozent des Wertes erhöht. — England hat sich jetzt dem Protest anderer Nationen gegen die Verfügung angegeschlossen, die für alle auf amerikanischen Schiffen eingeführten Waren den Zoll um fünf Prozent herabsetzen will.

Washington, 4. Mai. Auf die Einwendungen verschiedener Mächte gegen die Bestimmung der Tarifbill, die den auf amerikanischen Schiffen eingeführten Waren eine fünfprozentige Zollermäßigung gewährt, werden die Demokraten, wie verlautet, die beanstandete Bestimmung streichen.

Parteiangelegenheiten.

Internationale Solidarität.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich hat die Friedensumgebung der sozialdemokratischen Fraktion der russischen Reichsdeuma mit einem überaus herzlichen Schreiben beantwortet, worin er versichert, daß gleich den russischen Genossen auch die österreichischen alle Kraft aufwenden, um die Opferung von Proletariat für Diplomatenumwecheln zu verhindern.

Ein parlamentarischer Abend des Reichstages.

Die königliche Zeitung bringt folgende Notiz: „Kurz ehe der Reichstag in die Pfingstferien ging, lud der Reichstagsvorstand und Präsident Kaempf zu einem feierlichen Wahl im Hotel Bristol. Der Vorstand war nahezu vollständig erschienen. Es waren anwesend: die Vizepräsidenten Passche und Dobe, der Quästor Wallermann, die Schriftführer Müller und Stüden (Sog.), Welzer und Engelen (Hr.), Wirtwinkel (Hr.), Rogalla v. Bieberstein (Konf.), Reumann-Döler (Hr. Volksp.), v. Korawski (Volk). Von Abteilungsmitgliedern waren erschienen die Abgeordneten Planenshorn, Jöhrens, Webel, Graf Rantz, Hübner, Wurm; ferner die Stellvertreter von Abteilungsmitgliedern: Wolfenbühler, Dr. Bachmeide, Dr. Brandt und Dieß. Der Präsident sah zwischen den beiden ältesten Mitgliedern, den Abgeordneten Webel und Graf Rantz, Webel trank im Namen des Vorstandes auf das Wohl des Präsidenten, der dafür seinen Dank aussprach. Das Fest nahm einen durchaus harmonischen Verlauf.“

Es handelt sich dabei, wie uns gemeldet wird, um einen einfachen Akt parlamentarischer Höflichkeit, dem sich auch die fünf sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes nicht entziehen konnten.

Soziales.

Nach nicht so weit!

Durch eine Mitteilung des hiesigen Depesch-Bureaus ist der Welt verkündet worden, die Dresdner Ortskrankenkasse beabsichtige, ein eigenes Krankenhaus zu errichten.

Wir können auf Grund von besten Informationen mitteilen, daß dieser Plan zurzeit noch nicht besteht. Die Nachricht ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Vorsitzende der Dresdner Ortskrankenkasse, Julius Fröhner, in der letzten Generalversammlung in ganz unverbundlicher Form es als eine der späteren Möglichkeiten oder Aufgaben der Ortskrankenkasse hingestellt hat, ein eigenes Krankenhaus zu errichten. Zurzeit denkt die Ortskrankenkasse nicht daran.

Neues aus aller Welt.

Unglücksfälle bei der Luftschifffahrt.

Bruch, 4. Mai. Gestern nachmittag wurde der Apparat des Flugers Reich, der vom Zürcher Flugfeld nach Offen zum geplanten

Flugmeeting unterwegs war, von einem mächtigen Windstoß erfasst. Reich wurde aus einer Höhe von über 100 Meter zu Boden geschleudert und ist seinen Verletzungen erlegen. Der Apparat wurde vollständig zerstört.

Reims, 4. Mai. Der Vicomte Suffre de Traz, der einen Flug mit einem Eindecker unternommen hatte, stieß mit einem Zweidecker, den ein Militärflieger steuerte, zusammen. Beide Flieger stürzten aus der Höhe herab und wurden mit erheblichen Verletzungen aufgehoben. Glücklicherweise sind die Verletzungen bei beiden nicht lebensgefährlich.

Selbstmord eines Jähnlings.

Berlin, 4. Mai. Gestern nachmittag machte der 22 Jahre alte Jähnlings Karl Weillich vom 129. Infanterie-Regiment in Jagen in einem Hotel im Westen durch einen Schuß in die rechte Schläfe seinem Leben ein Ende. Ueber das Motiv zur Tat ist nichts bekannt geworden.

Einbruch.

Berlin, 4. Mai. In der Nacht zum Sonntag wurde in das Verwaltungsgelände der jüdischen Gemeinde ein Einbruch verübt, bei dem die Täter etwa 8000 M. aus einem Geldschrank erbeuteten, den sie mit einem Säuerstoffgas gefüllt hatten.

Von einem Eisenträger erschlagen.

Duisburg, 4. Mai. Auf der Friedrich-Wilhelm-Brücke stürzte gestern ein mächtiger Eisenträger um und fiel in eine Schar Arbeiter, zwei von ihnen wurden getötet, zwei andere schwer verletzt.

Verhafteter Frauenmörder.

Katibor, 4. Mai. In das Gefängnis von Katibor wurde der 24jährige Arbeiter Ratz eingeliefert. Er hatte in Pawlowitz bei Gnadenfeld die Rentempfängerin Sietowa mit einer Kartoffelhacke erschlagen.

Der deutsche Dampfer Weissenfels aufgelaufen.

Bort Said, 4. Mai. Das englische Kriegsschiff Sunda erhielt ein drahtloses Telegramm, welches besagt, daß der deutsche Dampfer Weissenfels aus Hamburg beim 29. Grad nördlicher und 32. Grad östlicher Breite aufgelaufen ist. Der deutsche Dampfer Weissenfels befindet sich in der Nähe des verunglückten Dampfers. Der Rettungsdampfer Protektor ist von Suva nach Ras Kuberat, einem nahe der Unfallstelle gelegenen Orte, abgegangen. Ras Kuberat liegt im nördlichen Teile des Golf von Suva.

Flammen tob bühnlicher Mische.

Tokio, 4. Mai. Der Matin meldet aus Tokio: Ein Telegramm aus Taihoku schildert den Tod von zehn bühnlichen Mischen. Diese Mische, die an religiösem Wahnsinn litten und die Welt verzerrten, hatten den Tempel von Sefsancho, der zu ihrer Gemeinschaft gehörte, in Brand. Als die Flammen hell aufleuchteten, sprangen die Mische in die Glut und verbrannten bei lebendigem Leibe, ohne einen Laut des Schmerzes auszusprechen.

Wetterbericht von der Wetterkule an der Friedrich-Kugelf-Brücke vom 5. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer 742. Regen und Wind.
Thermometer + 11° R.
Thermometergraph: Min. + 11°, Maxim. + 21°.
Drogrometer 68°.
Wasserstand — 147 Zentimeter.

Prognose der hiesigen Landwetterwarte für den 6. Mai.

Nordostwinde; meist bedeckt; kühl; Regen.

Wetterlage: Die bisher bestreut lagernden Tiefs haben sich plötzlich zu einem Haupttief vereinigt, das den Osten des Festlandes nahezu bedeckt. Dieses Tief reicht nach Süd nach Ostwärts herin und schafft im Bereich mit dem Hoch im Nordosten ein Hochwasser-Wetterlage. Da heute Oberitalien sich noch im Bereiche des Tiefs befindet, werden starke Niederschläge zunächst anhalten.

Letzte Telegramme.

Sie wollen nicht mit den Zentrumschriften zu tun haben!

Stettin, 5. Mai. Die Delegiertenversammlung des Bayerischen Postverbandes hat mit 92 gegen 82 Stimmen den Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften des Zentrums abgelehnt. Das Zentrum hatte ihnen für den Fall des Anschlusses sogar ein Landtagsmandat zugesichert.

Zur Sturfrage.

Wien, 5. Mai. Die Montagrevue meldet: Am Sonntag traf hier ein Telegramm ein, wonach der montenegrinische Kronrat am Sonnabend beschlossen hätte, in der am Donnerstag zusammengetretenen Skupština die Klärung Sturaris zu beantragen. Dieser Beschluß war der gemeinsamen Regierung auch bekannt, ist jedoch so verlauslet und insbesondere vom König und vom Kronprinzen mit solchen Vorbehalten versehen worden, daß er durchaus wertlos erscheint und auch die Entschlüsse Oesterreich-Ungarns in keiner Weise modifizieren kann. Beim Minister des Äußeren, Grafen Berchtold, fand am Sonntag nachmittag ein gemeinsamer Ministerrat statt, an dem auch der Chef des Generalstabs, Hr. Konrad v. Höbenborff, teilgenommen haben soll.

Budapest, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilte der Ministerpräsident mit, daß nach einer Depesche des Grafen von Gellinse König Nikola besprochen habe, die Rechte von der bedingungslosen Klärung Sturaris zu benachteiligen.

Paris, 5. Mai. Von einer Demission des montenegrinischen Kabinetts ist bis zur Stunde hier nichts bekannt. König Nikola hat schon so viel von sich reden gemacht, daß auch die Meldung über dieses letzte Ereignis mit Vorsicht aufzunehmen ist. Die Nachricht könnte auch aus dem Grunde verbreitet worden sein, um die österreichische Aktion gegen Montenegro hinauszuweisen.

Paris, 5. Mai. Der Matin meldet: Oesterreich führt in seinen Vorbereitungen an der Grenze Montenegros siederhaft fort. Gestern kamen vier neue Regimenter in Cattaro an. Täglich kommen frische Truppen aus der Herzegowina, die nach der Grenze weiterbefördert werden. Die österreichische Militärverwaltung requiriert Pferde und Maultiere. Das ganze Grenzgebiet gleicht einem Militärlager.

China und die fünf-Mächte-Anleihe.

London, 5. Mai. Nach einer Meldung des Daily Mail aus Peking ist die Lage sehr ernst, da die erste Rate der fünf-Mächte-Anleihe nicht gezahlt worden ist. Die Regierung droht, mit anderen Banken in Verbindung zu treten, wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden.

Mexikanische Wirren.

Paris 5. Mai. Wie dem Matin aus Mexiko gemeldet wird, überfielen 500 Anhänger Japatas bei Repantia, einem 80 Kilometer von Mexiko entfernt liegenden Orte, ein aus Qualität eingetroffenen Eisenbahngug. Die militärischen Begleiter und alle Reisenden, im ganzen etwa 150 Personen, sollen getötet worden sein.

Revolverschießerei in einer Versammlung.

Madrid, 5. Mai. In Valencia wurde während einer Versammlung der Katholiken von Radikalen auf die anwesenden Franziskaner-Mönche geschossen. Verschiedene von ihnen wurden verwundet.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.